

Die Schmidt



24.03.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

am Montag haben wir uns im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit Sachverständigen zu Fragen der Flexibilisierung von Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung ausgetauscht. In der Anhörung wurde nochmals deutlich, dass eine zu lange Arbeitszeit, eine zu geringe Ruhezeit und eine permanente Erreichbarkeit zu teils enormen gesundheitlichen Schäden führen kann und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert. Um dem entgegen zu treten, wollen wir die Mitbestimmung Angestellten innerhalb des Betriebes stärken, damit sie in Zukunft souveräner über ihre Arbeitszeit entscheiden können.



Nicht nur am Internationalen Tag gegen Rassismus (20.03.) gilt: Bunt statt braun

Dienstag war der 21.03. – ein Datum, an dem seit 2006 jährlich der Welt-Down-Syndrom-Tag stattfindet. Dies hat Anita Read zum Anlass genommen, um mit meinem Kollegen Johannes Singhammer und mir ein Gespräch für ihre Sendung „Read&Talk“ zu führen. Das Interview wird morgen (25.03.2017) um 09:30 auf Sport 1 gesendet (Wdhg. Di. 28.03.2017, 13:00).

Am Donnerstag durfte ich wieder viele Gäste aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Wir haben uns über meine Arbeit als Abgeordnete unterhalten und viel über das Thema Rente sowie über unsere Politik für Menschen, die lange hart arbeiten und gerecht behandelt werden wollen, gesprochen. Im Anschluss an den Besuch im Bundestag hat die Reisegruppe, die im Rahmen einer politischen Bildungsfahrt des Bundespresseamtes (BPA-Fahrt) in Berlin ist, eine politische Stadtrundfahrt durch Berlin unternommen. Auf dem heutigen Programm stehen unter anderem ein Besuch im Willy-Brandt-Haus und ein Gespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Einen ausführlichen Bericht zur Fahrt finden Sie in Kürze auf meiner Webseite unter www.dagmarschmidt.de.

Ihre
Dagmar Schmidt, MdB

P.S.: Wer diesen Newsletter als Weiterleitung erhält, dem möchte ich noch einmal ans Herz legen sich [hier](#) (oder unter dagmar.schmidt@bundestag.de) direkt im Verteiler anzumelden. Sie erhalten den Newsletter damit garantiert sobald er freitags veröffentlicht wird.

Armutsrisiken

Armuts- und Reichtumsbericht – Teil II



Wie im letzten Newsletter angekündigt, stelle ich Ihnen in meinen Newslettern nach und nach einzelne Aspekte des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vor. Heute beschäftige ich mich mit Armutsrisiken, also der Frage, welche Bevölkerungsgruppen besonders von Armut betroffen sind bzw. besonders armutsgefährdet sind. Warum besonders Kinder, Mütter und Menschen mit Migrationshintergrund betroffen sind, können [Sie in dem Beitrag „Armutsrisiken“ auf meiner Webseite lesen.](#)

Kommunales Investitionsprogramm (KIP)



Die am Montag vom hessischen Finanzminister Schäfer gestartete PR-Aktion zum Kommunalen Investitionsprogramm (KIP) des Bundes ist einfach nur dreist und unseriös. Schäfer schmückt sich nicht nur mit fremden Federn. Sein Vorstoß ist auch extrem voreilig, da sich das KIP noch im parlamentarischen Verfahren des Bundestages befindet. Zudem gehört auch zur Wahrheit, dass das Land Hessen im Bundesrat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. [...weiterlesen](#)

Kindertagesbetreuung ausbauen



Gute Angebote der Kindertagesbetreuung verbessern die Start- und Bildungschancen aller Kinder und fördern die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund (dass Kinder mit Migrationshintergrund besonders armutsgefährdet sind, habe ich [hier](#) beschrieben). Gute Angebote unterstützen auch Familien in ihrer Erziehungsverantwortung und erleichtern so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. [...weiterlesen](#)

Maut



Heute hat der Bundestag die Infrastrukturabgabe beschlossen. Die PKW-Maut, wie sie in der Öffentlichkeit bekannt ist, war das Herzensprojekt unseres Koalitionspartners CSU in dieser Legislatur gewesen. Ich lehne sie politisch inhaltlich ab. Trotzdem ist es ein Gesetzesentwurf, der im Koalitionsvertrag verhandelt wurde. Unter den folgenden drei Auflagen war das Gesetz für uns zustimmungsfähig: 1) dass es Europarechtskonform ist, 2) dass es den Bürgerinnen und Bürgern keine zusätzlichen Kosten auferlegt und 3) dass das Gesetz Nettoeinnahmen in die Staatskasse bringt. Die ersten beiden Punkte konnte Minister Dobrindt mit dem neuen Entwurf sicherstellen. Für die Nettoeinnahmen hat Bundesfinanzminister Schäuble am 16.03.2017 in einer Bewertung die Verantwortung übernommen. Damit sind unsere Bedingungen für das Gesetz erfüllt. [...weiterlesen](#)

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bekämpfen



Gestern hat der Bundestag in erster Lesung über einen Gesetzesentwurf beraten, mit dem mit schlagkräftigen Instrumenten in den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung investiert wird. Vorgesehen ist u.a. die Schaffung eines zentralen, elektronischen Transparenzregisters. In diesem müssen Unternehmen ihre wirtschaftlich Berechtigten (natürliche Personen, die hinter einem Unternehmen stehen und von dessen Geschäftstätigkeit wirtschaftlich profitieren), eintragen. So wird die Transparenz erhöht. [...weiterlesen](#)

SPD Leun



Vergangenen Freitag hatte die SPD Leun alle Bürgerinnen und Bürger zu einer Diskussionsveranstaltung mit mir und Landrat Wolfgang Schuster eingeladen. Mit den 30 Gästen hatten wir eine rege Diskussion über bundes- und kommunalpolitische Themen.

Ein wichtiges Thema war die Bundestagswahl am 24.09.2017 und die Weichen, die wir dieses Jahr stellen können und müssen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Grundwerte von innen und von außen in Frage gestellt werden, ist es wichtig, dass jede Demokratin und jeder Demokrat Verantwortung übernimmt und Parteien wählt, die unser Grundgesetz und unsere Demokratie stärken. [...weiterlesen](#)

Kreisbauernverband



Landwirtschaft spielt eine große Rolle in unserer heimischen Wirtschaft. Nicht nur deswegen stehe ich in regelmäßigem Kontakt mit dem Bauernverband Gießen/Wetzlar/Dill. Zuletzt haben wir uns am 17.03.2017 zu einem Gespräch in Gießen getroffen. Zusammen mit dem Gießener SPD-Kandidaten Matthias Körner habe ich mit den Landwirten über die aktuelle

Situation in der Landwirtschaft und über Möglichkeiten gesprochen, wie die regionale Landwirtschaft gefördert werden kann. [...weiterlesen](#)

Argumente gegen Rechts

Familienbilder

Das Thema Familie wird durch rechte Politik immer auf eine spezielle Art und Weise in den Vordergrund gerückt. Oft wird nur eine Ehe zwischen Mann und Frau von rechten Strömungen als legitim erachtet. Damit werden Familienmodelle wie Patchwork-Familien, Alleinerziehung und homosexuelle Partnerschaften ausgeschlossen und teilweise sogar als minderwertig bezeichnet. Das traditionelle Familienbild mit der Frau als Mutter und Hausfrau und dem Mann als Ernährer und Beschützer steht hier im Mittelpunkt. In diesem Familienbild sind arbeitende Frauen kaum geduldet. Wenn Frauen doch arbeiten gehen, so die Rechten, läge dies an finanziellen Zwängen. Diese finanziellen Zwänge seien wiederum vom Staat verursacht worden, um traditionelle Familien zu benachteiligen. Besonders Mütter, deren Kinder in Kitas betreut werden, sind Anfeindungen durch Rechte ausgesetzt. Nationalistische Organisationen und Parteien wollen die Familie stärken und eine Abkehr vom „übersteigerten Individualismus“ der Postmoderne erwirken und die völkischen Parolen Gemeinschaft, Tradition und Nation in den Vordergrund rücken.

Sie vergessen dabei, dass sich in einer freien Gesellschaft immer neue Herausforderungen ergeben, die sich nicht durch eine Generallösung beantworten lassen. Jeder Mensch hat das Recht sich frei zu entscheiden, wie das eigene Leben zu gestalten ist. Familie vor allem eine Gemeinschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das wollen wir zu unterstützen.

